

Haushaltsrede 2017 der BGE-Ratsfraktion vom 21. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Emmericher Stadtverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates!
Ich grüße auch die anwesende Presse!

Das Eigenlob größerer politischer Parteien in ihrer Haushaltsrede hat im Emmericher Rat offenbar Tradition. Die BGE möchte hier keinesfalls anknüpfen, denn der Bürger erwartet bei der Haushaltsrede einen ehrlichen Kassensturz sowie Selbstkritik und nicht das Abarbeiten von populären Wunschzetteln im Superwahljahr 2017, das durch die NRW-Landtagswahl im Mai und die Bundestagswahl im September geprägt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Beschluss zum Haushalt ist das „Königsrecht“ des Stadtrates. Um es vorweg zu sagen, die BürgerGemeinschaft Emmerich wird dem Haushalt 2017 in dieser Fassung nicht zustimmen. Dieser Haushalt wirkt nur auf den ersten Blick unspektakulär, er hat es aber in sich, was das Zahlenwerk und die in den letzten Wochen während der Haushaltsplanberatungen stetig fortgeschriebene Veränderungsliste belegen. Der Haushalt 2017 entspricht nicht dem, was wir uns unter einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtpolitik und Finanzplanung vorstellen.

Unstrittig sind für die BGE die Einzelbudgets der Fachbereiche, die geprägt sind von gesetzlichen Anforderungen und Aufgabenstellungen, die finanzielle und gestalterische Freiräume seit jeher einengen. Deshalb ist die Politik gefordert, die letztlich verbleibenden Freiräume und ihre Auswirkungen für eine nachhaltige Kommunalpolitik zu ermitteln und kritisch zu bewerten.

Es ist anzumerken, dass der innovative Einsatz von Finanzmitteln in unserer Stadt heute nicht sehr ausgeprägt ist. Als positives Signal hatte die BGE zunächst die im Jahr 2016 eingerichtete „Arbeitsgruppe Haushalt“ bewertet. Immerhin haben alle im Rat vertretenen Farben ihre Haushaltsexperten in diese Arbeitsgruppe entsandt. Gerade zweimal wurde in Anwesenheit des Bürgermeisters getagt. Bis heute gibt es keine sichtbaren Ergebnisse, die zur mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung beitragen könnten. Einen neuen Terminvorschlag für diese Arbeitsgruppe gibt es bisher nicht. Der Bürgermeister hat im letzten HFA eine entsprechende Nachfrage der BGE allenfalls vage beantwortet. Da stellt sich dem kritischen Betrachter die Frage: Ist das ein ernsthafter Ansatz oder nur eine Alibiaktion?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir fragen Sie hier und heute: Was ist Ihr Masterplan 2020 für Emmerich am Rhein und wo zeigen Sie Ihre „klare Kante“? Wir können das nicht erkennen, sondern sehen bislang nur Stückwerk.

Nach Auffassung der BGE ist es unverzichtbar, dass Sie wichtige Projekte und Anliegen persönlich begleiten, die für unsere Stadt zukunftssträchtig sind. Sie sollten darauf hinwirken, dass nicht jeder für sich verständliche Wunsch und Antrag von Parteien und Dritten im Wahljahr 2017 - in Land und im Bund - irgendwie mit einer populären Position im städtischen Haushalt abgebildet wird. Sie haben als Hauptverwaltungsbeamter die Pflicht, treuhänderisch mit dem Geld unserer

Bürgerinnen und Bürger umzugehen und das im Rahmen der voraussichtlich verfügbaren Mittel. Dies erfordert aus Sicht der BGE eine vorausschauende und kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Stadt in überschaubaren Abschnitten, in finanziell verträglichen Kontingenten und im ständigen Dialog mit den Bürgern.

Hier sieht die BGE klare politische Defizite. Der finanzielle Schuh drückt inzwischen gewaltig, aber wir müssen mit ihm laufen. Ein „weiter so“, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht zukünftig einfach nicht. Die Gesamtschule, die für den Standort Emmerich richtig und wichtig ist, der Breitbandausbau und die hohen Investitionen zum Erhalt der Sparkasse hinterlassen tiefe Spuren im Haushalt und wirken damit über die im Jahr 2020 endende Wahlperiode - nämlich über Jahrzehnte hinaus.

Je tiefer und intensiver man sich mit den gesetzlichen Vorgaben und kommunalen Ausgleichsmechanismen beschäftigt, umso klarer wird: Unser Emmericher Haushalt ist nicht im Lot. Wir haben ein massives strukturelles Problem. Wir leben über unsere Verhältnisse und geben zu viel aus. Noch bedienen wir Defizite durch Rückgriff auf eine imaginäre Ausgleichsrücklage, die aber nur Monopoly-Geld ist. Von einer „schwarzen Null“ sind wir inzwischen weit entfernt. Was ist, wenn ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (genannt: ISEK) in den nächsten Jahren mit Leben gefüllt werden soll?

Eine wichtige Ursache für die „deutliche Schiefelage“ im Haushalt sieht die BGE in der fehlenden bis falschen Priorisierung von Projekten. Dazu ein Beispiel: Die BGE hat bereits mit Antrag vom 3. März 2015 dringlich auf die sich abzeichnende Wohnungsknappheit für bezahlbare Wohnungen für junge Leute, Senioren, sozial Schwache und Migranten hingewiesen und auf eine entsprechende ganzheitliche Herangehensweise bei diesem Thema gedrängt.

So hatten wir, sehr geehrter Herr Bürgermeister, von Ihnen erwartet, dass der Haushaltsentwurf des Jahres 2017 hierzu entsprechend Vorkehrungen trifft. Zu

weiteren BGE-Anträgen vom 10. März 2016 und 23. März 2016 zum gleichen Thema haben bis heute keine zielführenden politischen Beratungen in den politischen Gremien stattgefunden. Nur im Haushaltsentwurf des Jahres 2017 finden wir erstmalig auf Seite 9 der aktuellen Veränderungsliste zu Seite 367, Wohnungsbauförderung des HH-Plan-Entwurfs 2017 einen Betrag von 25.000 Euro für externe Planungskosten wieder, um ein städtisches Handlungskonzept als Voraussetzung für Fördermittel des Landes zu erstellen. Das zeigt uns, dass bis heute offensichtlich nichts auf dieser wichtigen Baustelle der Wohnungsbauförderung passiert ist.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

um es heute deutlich auszusprechen: Ihre Politik der ruhigen Hand ist an dieser Stelle nicht angebracht und wird von der BGE-Ratsfraktion kritisiert.

Stattdessen wird von der Stadt ein erster Betrag von 230.000 Euro für den Kauf des Denkmals „De Wette Telder“ in den Haushalt eingestellt, obwohl weder tragfähige und wirtschaftlich vertretbare Konzepte vorliegen noch annähernd beziffert werden kann, was denn letztlich auf dem Preisschild für die Immobilie „De Wette Telder“ stehen wird. Es gibt ernstzunehmende Stimmen, die hier einen Betrag von weit über einer Million Euro erwarten.

Hätte man einen solchen Betrag z.B. zum Bau erster Sozialwohnungen eingeplant, wäre das Problem nicht gelöst, aber es würde ein erster Schritt getan. In Emmerich ist es aber leider so, dass hier immer erst der „Tag gerettet“, aber zu wenig konzeptionell geplant und strategisch gehandelt wird. Sollte es dann einmal eng werden, kommt im Notfall immer die Standard-Problemlösung „Steuer- und Gebührenerhöhungen“ ins Spiel, so als unlängst der Kämmerer plante, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer über den fiktiven Hebesatz des Landes NRW hinaus noch mehr zu erhöhen. Gott sei Dank hat die Mehrheit des Rates diesem Vorgehen in diesem Jahr eine Absage erteilt. Bloß was kommt 2018?

Ein weiteres Projekt mit seit zwei Jahren Stillstand, finden wir auf dem ehemaligen Wemmer & Janssen - Gelände. Einst - auch auf Betreiben der BGE - gekauft, um hier an einer exponierten Stelle Stadtentwicklung zu betreiben, hat die Stadt nur auf die Karte „Neubau der Polizeistation“ gesetzt, ohne einen echten „Plan B“ in der Tasche zu haben für den Fall, dass man keinen Zuschlag für dieses Projekt erhält. Sich jetzt auf das kommende ISEK zurückzuziehen, ist zu kurz gedacht. Dass ein „Plan B“ nötig gewesen wäre, kann man heute eindringlich am „Großer Wall“ sehen, wo die neue Polizeistation kurz vor der Vollendung steht. Für das Wemmer & Janssen - Gelände gibt es derweil noch nicht einmal den Hauch eines Ansatzes und folglich sind auch keine Mittel für die Entwicklung dieser städtischen Fläche in den Haushalt eingestellt.

Was nun am „Steintor“ geschieht, ist ebenfalls noch nicht endgültig beraten und beschlossen, denn nach den uns bekannten ersten Ergebnissen des ISEK sehen einige Parteien diese Fläche eher als Parkplatz mit neuen Kirmesflächen und weniger als attraktiven Handelsstandort, z.B. für die Firma Kaufland. Wieder droht nach unserer derzeitigen Bewertung eine Fehleinschätzung dadurch, dass trotz einem ISEK nur solitäre Lagen entwickelt werden und die Innenstadtentwicklung nicht ganzheitlich betrieben wird.

Auch im 18. Jahr nach Schließung des alten Rewe-Marktes glaubt der Bürgermeister mit Unterstützung der CDU und SPD noch immer daran, dass im ersten Schritt der Neumarkt zu entwickeln ist, bevor man sich mit weiterer Konzeption und Planung beschäftigt. Dass es sich hierbei um eine schwerwiegende Fehleinschätzung handelt, beweisen heute die Ginsterbüsche auf dem Neumarkt auf das Eindrucksvollste.

Ebenfalls gut eingesetzte Haushaltsmittel wären der Kauf der ehemaligen Moritz-von-Nassau Kaserne durch die Stadt Emmerich gewesen, denn hier hätten

mutige und attraktive Ideen auf dem letzten echten Filetstück von rund 33 Hektar Größe die aktive Stadtentwicklung über Jahre hinweg positiv befeuert. Stattdessen warten wir lieber ab, ob der für den Gesundheitswohnpark durchgeführte erste Spatenstich irgendwann weitere Aktivitäten nach sich zieht. Zurzeit jedenfalls herrscht dort „heilige Ruhe“, nur, dass hier Investor Schoofs einen ALDI-Markt bauen will. Dieser Investor hat aber seit sechs Jahren unter Beweis gestellt, dass Geschwindigkeit und Verlässlichkeit nicht zu seinen hervorzuhelbenden Tugenden zählen. Dass das Lieblingsprojekt des ehemaligen CDU-Bürgermeisters mit dem Titel „Wohnen mit Pferd“ unterdessen sang- und klanglos mit einem Nebensatz von den Verantwortlichen der Fa. MONA Ende 2016 beendet wurde, macht für die weitere Entwicklung dieser Premiumfläche in dieser Wahlperiode nicht viel Hoffnung.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die BGE versteht es immer weniger, warum sich Emmerich durch unstrukturisiertes und zögerliches Handeln im Bereich der Stadt- und stets aufs Neue selbst ein Bein stellt und durch dieses erwiesenermaßen falsche Vorgehen manche sinnvolle und wichtige Entwicklung verhindert hat. Beispielhaft nenne ich: kein Neubau oder aufs Eis gelegte Umstrukturierung bei LIDL an der Wardtstraße, keine Erweiterung des bestehenden ALDI-Marktes, keine Beplanung des Wemmer & Janssen - Geländes. Unterdessen finden wir auf Seite 8 der Veränderungsliste zu Seite 304 des Haushaltsplanentwurfs 2017 einen Betrag von 10.000 Euro abgebildet, da für die Aktualisierung des Einzelhandelskonzepts noch eine zusätzliche Untersuchung erforderlich sei. Wie viele externe Gutachten brauchen wir noch, Herr Bürgermeister?

Eine weitere Ursache für die schwierige Haushaltslage wurde der BGE mit Blick auf den anwachsenden Stellenplan der Kernverwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen deutlich.

Seit dem Jahr 2014 und unter Berücksichtigung des neuen Stellenplans im Haushaltsentwurf 2017 kommt es stetig zu einem Zuwachs an einzelnen Stellen, ohne auf das Ganze zu schauen. In nackten statistischen Zahlen ausgedrückt bedeutet das ein Zuwachs von rund 6% bei den Beamten und rund 13 % bei den weiteren städtischen Bediensteten seit dem Jahr 2014. Der BGE-Antrag mit dem Ziel der Erstellung eines Konzepts zur Optimierung der Organisation und Prozesse in der Kernverwaltung liegt seit dem 23. Januar 2017 auf dem Tisch des Bürgermeisters. Wir appellieren ausdrücklich: Sorgfalt kommt hier vor Eile. Ob zukünftig ein 2. Beigeordneter notwendig ist, sollte das verwaltungsseitige Prüfergebnis belegen. Vorfestlegungen tragen wir als BGE nicht mit. Insoweit muss ich die Kollegin Schaffeld leider korrigieren.

Einen weiteren Kritikpunkt für den Bereich Haushaltswirtschaft hat bereits die örtliche Rechnungsprüfung mit dem nicht optimalen Forderungsmanagement identifiziert.

Hier erwartet die BGE, dass die bekannten Einwände und Empfehlungen aus dem Rechnungsprüfungsbericht durch den Bürgermeister konstruktiv und kritisch bewertet werden. Die BGE fordert in Zukunft ein ausreichendes Controlling, um die Effizienz und Effektivität in diesem Bereich der Kernverwaltung nachhaltig zu verbessern.

Wir fordern seit Jahren auch gebetsmühlenartig die Schaffung eines zentralen Fördermittel-Managements.

Größere Chancen bedeuten immer auch Risiken. Diese liegen vor allem bei den komplizierter werdenden Förderrichtlinien. Entweder werden die sehr umfangreichen nationalen und europäischen Fördermaßnahmen an Fachleute für diesen Bereich „outgesourct“ und auf Erfolgsbasis entlohnt, oder die Stadt schafft ein eigenes Fördermittel-Management.

Immerhin warten in Deutschland und Europa insgesamt mehr als 1.200 verschiedene Förderprogramme darauf in Anspruch genommen zu werden. Hier unnötige Zurückhaltung an den Tag zu legen, kostet die Stadt Geld und nimmt uns Chancen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nehmen Sie sich bitte dieses Themas persönlich an. Für die operativen Aufgaben haben Sie seit 2016 die fachliche Unterstützung durch einen hauptamtlichen Wirtschaftsförderer an Ihrer Seite, die auch Früchte tragen sollte.

Was aber den entscheidenden Ausschlag für die Ablehnung des Haushalts 2017 durch die BGE-Ratsfraktion gegeben hat, ist der als fehlend gerügte „echte Sparwillen“. Der Haushalt 2017 ist kein Spar- sondern ein Ausgabenhaushalt, der durch hohe Kredite und Rückgriffe auf die imaginäre Ausgleichsrücklage geprägt ist. Wir wären sicher gut beraten, angesichts der vielen Unwägbarkeiten in der Haushaltsplanung genauer zwischen Wunsch und Notwendigkeit zu unterscheiden und uns Reserven für kommende Aufgabenstellungen zu schaffen.

Unser abschließendes Fazit zum vorgelegten Entwurf des Haushalts 2017, den wir ablehnen:

Die Verwaltung ist mit Einführung von NKF im Jahr 2009 bis heute in Teilen nicht auf einer Stufe mit einem modernen, straff geführten Wirtschaftsunternehmen. Uns fehlt hier vor Allem ein wirksames Controlling. Zwar schätzen wir die an sich vorsichtige und ruhige Herangehensweise des Kämmerers, sehen aber im innovativen Steuerungsbereich noch deutlich Luft nach oben.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erarbeitung der Fachbereichs-Budgets und Wirtschaftspläne, die zum we-

sentlichen Teil gesetzlichen Anforderungen genügen müssen, aber auch zusätzlich und kurzfristig durch die Politik initiierte und beschlossene Anträge umsetzen sollen.

Auch wenn wir den Haushaltsentwurf 2017 insgesamt nicht mittragen, so können wir nachvollziehen, dass sich hinter diesem umfangreichen Zahlenwerk wieder sehr viel Mühe und Arbeit verbergen.

Wir hoffen, dass mit einem von der BGE inzwischen beantragten „Doppelhaushalt 2018/2019“ zukünftig etwas Entlastung und mehr Kontinuität sowie Effizienz und Effektivität erzielt werden können.

Ich möchte die Haushaltsrede der BGE mit einem Zitat des deutschen Physikers Georg Christoph Lichtenberg (1742 -1799) beenden, der im Zeitalter der Aufklärung schrieb:

„Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Joachim Sigmund

Fraktionsvorsitzender der
BürgerGemeinschaft Emmerich